

sich Obama dagegen, Moskau offen an den Pranger zu stellen. Voriges Jahr hatte Amerika die Länder China, Nordkorea und Iran konkreter Cyberattacken bezichtigt. Dabei handelte es sich aber nie um die Ausspähung der Regierung. So klagte das Justizministerium fünf Mitglieder der chinesischen Volksbefreiungsarmee wegen Cyberspionage gegen amerikanische Unternehmen an. Iran wurde bezichtigt, mit einem Hackerangriff auf die Casinos des einflussreichen jüdischen Geschäftsmanns Sheldon Adelson großen Schaden angerichtet zu haben.

Persönlich warf Obama Nordkorea vor, durch seine Attacke auf den Unterhaltungskonzern Sony versucht zu haben, die Veröffentlichung einer Filmkomödie über die Ermordung des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un zu verhindern. Die Absichten fremder Regierungen zu ergründen gehört dagegen auch zum amtlichen Auftrag der amerikanischen Geheimdienste. Am Donnerstag hatte Verteidigungsminister Ashton Carter mitgeteilt, russische Hacker hätten die Pentagon-Server angegriffen. Sie seien aber „hinausgeworfen“ worden.

Erfolge

Nordwesten Syriens

Nachschubroute des Regimes über den Landweg zur Mittelmeerküste abschneiden. Dschisr al Schughur liegt etwa auf halbem Weg zwischen der Stadt Idlib und der Küstenstadt Latakia, einer Hochburg der Bevölkerungsgruppe der Alawiten, zu welcher Assad gehört.

Die israelische Luftwaffe hat unterdessen nach arabischen Presseberichten in der vergangenen Woche zweimal militärische Ziele in Syrien angegriffen. Der Sender Al Dschazira meldete, dass am Freitag in Quteifa im Qalamun-Bezirk unweit der syrisch-libanesischen Grenze syrische Raketen vom Typ Scud C zerstört worden seien, welche die libanesischen Hizbullah-Miliz erhalten sollte. Nach Angaben des Senders Al Arabija wurde zuvor am Mittwoch ein Waffen-Konvoi der Hizbullah auf dem Weg in den Libanon beschossen. Weder die israelische Regierung noch das syrische Regime nahmen am Wochenende zu diesen Berichten Stellung.

Der israelischen Armee wurden in der Vergangenheit mehrfach ähnliche Angriffe in Syrien und im Libanon vorgeworfen. Ihr Ziel soll es gewesen sein, zu verhindern, dass die Hizbullah fortgeschrittene Raketentechnologie aus syrischen und iranischen Arsenalen erhält. Nach israelischen Erkenntnissen verfügt die schiitische Miliz über bis zu 130 000 Raketen, die sehr präzise Ziele in ganz Israel erreichen könnten.

geplant haben sollen.

In der australischen Erinnerungskultur markiert die gescheiterte Gallipoli-Invasion den Moment, in dem sich die Australier zum ersten Mal als eigenständige Nation fühlten und nicht mehr als Anhängsel des britischen Empire. Nicht nur der konservative Teil der Bevölkerung findet in der Geschichte der Anzacs zudem einen als besonders australisch empfundenen Geist, der sich durch Kameradschaft, Mut, aber auch eine gewisse Nonchalance gegenüber Autoritäten auszeichne. Erst in jüngeren Jahren wird auch die Rolle von Soldaten aus der indigenen australischen Bevölkerung in der Schlacht von Gallipoli thematisiert. Offiziell durften die Aborigines damals nicht in der Armee dienen. Doch einige Rekrutierungsoffiziere ignorierten das Verbot, oder die indigenen Soldaten verschleierten ihre Herkunft. Bis zu 1300 Aborigines sollen im Ersten Weltkrieg dabei gewesen sein. Zu ihrer Ehrung begannen einige der Morgenappelle am Samstag mit den Klängen eines Didgeridoos, eines Blasinstruments der australischen Ureinwohner.

Obwohl der Gedenktag also als sehr australisch wahrgenommen wird, steht er auch für die unbedingte Solidarität bisher jeder Regierung in Canberra mit den militärischen Verbündeten, seien es damals Großbritannien oder heute die Vereinigten Staaten. Vom Zweiten Weltkrieg über den Vietnamkrieg bis hin zu den Einsätzen im Irak und in Afghanistan – stets sind die Australier mit dabei

Widerstand gegen Medienzensur

Lissabonner Gesetzentwurf / „Gefährlich und inakzeptabel“

wie LISSABON, 26. April. Pläne portugiesischer Politiker, die Medien des Landes einer Vorzensur zu unterziehen, sind auf starken Widerstand gestoßen. Die konservative Koalition unter Ministerpräsident Pedro Passos Coelho hatte zusammen mit der sozialistischen Opposition einen Gesetzentwurf erarbeitet, dem zufolge die Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen gehalten wären, einen detaillierten Plan über ihre geplanten Berichterstattung vorzulegen. Interviews, Debatten und Reportagen sowie „Live“-Sendungen und Sonderprogramme wären einer Sonderkommission vorzulegen, die von den Parteien selbst besetzt werden sollte. Wer sich nicht an das abgesprochene Programm hielte, sollte mit Geldbußen bis zu fünfzigtausend Euro rechnen müssen.

Gegen diesen Plan haben sich die portugiesischen Medien geschlossen erhoben. Zwei Dutzend Chefredakteure der wichtigsten Publikationen des Landes teil-

Murmeln helfen gegen
Brunnenverstopfung

Fesch wie immer

Fahrbericht zum Audi TT

Kostenloses Probeabo 0180 2 52 52*

www.faz.net/probeabo

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



ghanistan und im Irak, merkte zudem an, dass mittlerweile zwar fast jede Einzelheit des Grabenkampfes in Gallipoli bekannt sei, aber die Menschen kaum etwas darüber wüssten, was die australischen Streitkräfte während ihres jahrelangen Einsatzes in Afghanistan und im Irak getan hätten. 30 000 Australier hätten in Afghanistan in den vergangenen 14 Jahren gekämpft, Zehntausende darüber hinaus in Osttimor, auf den Salomonen und im Irak.

„Australier werden von persönlichen Geschichten früherer Kriegsgeschehnisse überwältigt“, schrieb Brown in der „Griffith Review“. Das mache sie blind für die unzureichende Unterstützung der Veteranen, die aus den Kriegen der jüngeren Zeit heimgekehrt seien.

ten der Regierung und der Opposition am Wochenende mit, dass sie diese „gefährliche und inakzeptable Einmischung der Politik in die Pressefreiheit“ nicht dulden würden. Hier werde offensichtlich „die journalistische Arbeit mit Propaganda verwechselt“ und ein miserabler Versuch gemacht, „die Kommunikationsorgane durch die Politiker zu instrumentalisieren“, hieß es. Deshalb sei man gewillt, bis zur letzten Instanz vor Gericht zu gehen, um eine saubere und unbeeinflusste Wahlberichterstattung zu garantieren.

Einige Medien kündigten sogar an, im Falle einer Vorzensur auf eine Berichterstattung komplett zu verzichten. Die Vorstellung, dass möglicherweise bis zu den für September vorgesehenen Wahlen niemand mehr von ihnen Notiz nehmen würde, brachte die Akteure des Allparteienpakts einer gelenkten Information – nur die Kommunisten waren dagegen – dazu, von dem Gesetzentwurf wieder vorsichtig abzurücken.